

Pressemitteilung

DKG zum Zeitplan für das Beitragssatzstabilisierungsgesetz

Regierung verabschiedet sich von demokratischen Mitwirkungsrechten

Berlin, 2. Juli 2026 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisiert den von der Bundesregierung vorgesehenen Zeitplan für das Beitragssatzstabilisierungsgesetz scharf. Nach den aktuellen Planungen soll der Gesundheitsausschuss bereits am Dienstag in einer Sondersitzung beraten, am Donnerstag der Bundestag und am Freitag der Bundesrat über das Gesetz abstimmen.

„Mit diesem verkürzten Verfahren zeigt die Bundesregierung erneut, dass sie demokratische Mitwirkungsrechte im Gesetzgebungsprozess eher als Hindernis denn als notwendiges Korrektiv betrachtet. Bis zur Stunde kennen weder die Abgeordneten noch die Betroffenen die Änderungsanträge, die dann am Dienstag erstmals beraten werden sollen. Ein Gesetz, das die Gesundheitsversorgung von 80 Millionen Menschen nachhaltig verschlechtern, Krankenhäuser in die Insolvenz treiben und bis zu 140.000 Stellen im Krankenhausbereich gefährden kann, darf nicht im Eilverfahren durch das Parlament gedrückt werden“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der DKG.

Die Begründung besonderer Eilbedürftigkeit sei nicht nachvollziehbar. Während andere dringend notwendige Reformen, etwa in der Pflege, wegen Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung verschoben würden, soll dieses Gesetz im Schnellverfahren beschlossen werden. „Eine Sommerpause darf kein Argument sein, demokratische Beteiligungsrechte einzuschränken. Wenn zusätzliche Sitzungen erforderlich sind, müssen sie stattfinden. Das dürfen die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Parlament erwarten. Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, für ein geordnetes parlamentarisches Verfahren mit angemessenen Beratungsfristen zu sorgen“, so Gaß.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.841 Krankenhäuser versorgen jährlich 17,5 Millionen stationäre Patienten und rund 24 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

ASSISTENZBÜRO
Laura **Müggenburg**
Telefon +49 30 39801-1025

Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2024). Bei 150 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.